Beschluss Positionspapier zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Gremium: JVV 2023
Beschlussdatum: 17.11.2023

Antragstext

Die Auswirkungen der Klimakrise sind längst mess- und sichtbar. Die gesellschaftlichen und historischen Ursachen sind vielfach wissenschaftlich belegt. Neben erheblichen sozialen und ökonomischen Problemen drohen durch eine weitere Erhitzung des globalen Klimas irreversible Schäden für Natur und Umwelt. Wir leben im Zeitalter des Kapitalozäns: Der Ursprung der Klimakrise liegt in kapitalistischen und kolonialen Strukturen.[i] Daher sind Länder und Menschen des Globalen Nordens[1] in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich. Historisch gesehen haben sie den Großteil der Treibhausgasemissionen ausgestoßen.[ii] Trotzdem sind Länder und Menschen des Globalen Südens[1] schon seit Generationen am stärksten von den Folgen der Umweltausbeutung und der Klimakrise betroffen. Sie gründeten Widerstands- und Umweltbewegungen dagegen. Zudem spüren insbesondere junge und nachfolgende Generationen, von (Mehrfach-)Diskriminierung betroffene Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen die Auswirkungen der Klimakrise in besonderem Maße.

[1] Die Begriffe "Globaler Norden" und "Globaler Süden“ verweisen nicht auf geografische Kategorien. „Mit dem Begriff Globaler Süden wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte Position. Die Einteilung verweist auf die unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als vor allem Profitierende und einmal als vornehmlich Ausgebeutete“ (glokal 2013).
Quelle: glokal 2013: Mit kolonialen Grüßen. Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassismuskritisch betrachtet. URL: https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf, S. 8, aufgerufen am 23.09.2023.

Um die Folgen der Klimakrise einzudämmen, hat sich die internationale Staatengemeinschaft 2015 mit dem Pariser Abkommen darauf verständigt, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, eine maximale Erwärmung von 1,5 Grad Celsius anzustreben. Im März 2023 veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) seinen sechsten Sachstandsbericht, der die gravierende Handlungslücke zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels deutlich unterstreicht.[iii] Das Fenster, in dem die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad begrenzt werden kann, wird sich in wenigen Jahren schließen. Die bisher umgesetzten und geplanten Maßnahmen der Staaten reichen nicht aus, um die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele einzuhalten. Jedes Zehntelgrad Erwärmung hat schwerwiegende Konsequenzen. Unter anderem werden Ökosysteme unwiederbringlich zerstört, Biodiversität geht verloren, Konflikte um natürliche Ressourcen nehmen zu, Extremwetterereignisse treten vermehrt auf und Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage und Heimat. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

Als NAJU setzen wir uns für junge und marginalisierte Gruppen ein. Deshalb fordern wir einen wirksamen und gerechten Klimaschutz. Ziel ist der Erhalt von Lebensgrundlagen und einer intakten Natur. Deshalb muss eine sozial-ökologische Transformation die globale Erwärmung schnellstmöglich bremsen und die Erfüllung der Grundbedürfnisse aller Menschen sicherstellen.

Daher fordern wir:

1. Eine ambitionierte und sozialgerechte Klimapolitik der Bundesregierung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, die sich an dem 1,5 Grad-Ziel und den dafür aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen Maßnahmen orientiert. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland auf Nettonull bis 2035 gesenkt werden.

2. Eine sozial- und naturverträgliche Energiewende mit einem vollständigen Kohleausstieg in Deutschland bis 2030.

3. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf europäischer Ebene um mindestens 65 Prozent bis 2030 (im Vergleich zu 1990) sowie das Erreichen der Klimaneutralität auf EU-Ebene bis 2040.

4. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung, dass der Globale Norden als Hauptverursacher der Klimakrise die größte Verantwortung trägt, während der Globale Süden am stärksten von den Folgen betroffen ist.

5. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung des Zusammenhangs zwischen Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus. Anhaltende koloniale Machtstrukturen müssen konsequent abgebaut werden.

6. Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet werden. Insbesondere FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender), BIPoC, (mehrfach-)diskriminierte Menschen, Menschen in prekären Lebenssituationen und junge Menschen müssen aus Perspektive der Gender-, Generationen- und Klimagerechtigkeit stärker berücksichtigt werden.

7. Die Sichtbarmachung von Perspektiven, Umweltbewegungen und Widerstandskämpfen von BIPoC (Black, Indigenous and People of Color).

8. Als Industrieland mit einer globalen Verantwortung für die Menschen in den Ländern, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, muss Deutschland eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Dies gilt sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch bei den Vereinten Nationen.

9. Das Ende des Raubbaus und der Ressourcenausbeutung insbesondere im Globalen Süden zugunsten des Globalen Nordens.

10. Umfangreiche Anpassungen an die bereits messbaren Auswirkungen der Klimakrise zum Schutz der Menschen sowie der natürlichen Lebensgrundlagen.

11. Eine Erhöhung der von Deutschland bereitgestellten internationalen Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro bis 2025. Das neue Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss sich an den Bedarfen der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Länder ausrichten. Deutschland muss sowohl Gelder für die Emissionsminderung und Anpassung als auch zusätzliche

Mittel für den vereinbarten Fond für Klimawandelschäden und -verluste bereitstellen.

12. Die Anerkennung der gravierenden Folgen der Klimakrise als Fluchtursache und die Gewährleistung von Schutz für flüchtende sowie schutzsuchende Menschen.

13. Den Schutz und die klimaresiliente Renaturierung von Ökosystemen als natürliche Kohlenstoffsenken.

14. Eine klimaverträgliche Agrarpolitik, die klimaresiliente Lebensräume schafft und Biodiversität fördert. Zugleich muss die Zukunft für Landwirt*innen gesichert sein.

15. Eine klimaschützende und nachhaltige Mobilität. Insbesondere müssen dabei die unterschiedlichen Voraussetzungen in Städten und auf dem Land berücksichtigt und der Verkehrssektor sozialverträglich transformiert werden.

16. Die umfangreiche Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gegenüber der Klimakrise, ihrer Auswirkungen und der notwendigen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit.

17. Eine umfassende Beteiligung von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und marginalisierten Gruppen bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen auf allen Ebenen.

18. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation, die strukturelle Probleme löst.

Erläuterung und Begründung unserer Forderungen

1. Das zur Verfügung stehende CO_2-Budget gibt laut Sachverständigenrat für Umweltfragen den Rahmen für den angemessenen und notwendigen Beitrag Deutschlands zur Einhaltung der Pariser Klimaziele vor. Bei linearer Reduktion der Emissionen (basierend auf 2019) müsste Deutschland ab 2038 klimaneutral sein.[iv] Von Fridays for Future Deutschland beauftragt, hat das Wuppertal Institut in einer Studie ermittelt, wie Klimaneutralität bereits 2035 machbar wäre.[v] Dafür notwendig sind ambitionierte Investitionen und ein gesellschaftlicher Umbau. So wird sichergestellt, dass der deutsche Anteil am verbleibenden globalen CO_2-Budget für das 1,5 Grad-Ziel nicht überproportional beansprucht wird.

2. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist essenziell für das Erreichen ambitionierter Klimaziele. Insbesondere der Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen muss dazu massiv vorangetrieben werden. Eine vollständige klimaneutrale Stromversorgung mit Erneuerbaren bis 2035 ist umsetzbar[vi]und von elementarer Bedeutung. Dazu braucht es erhebliche Investitionen in die Forschung zu erneuerbaren Energien sowie zu Leitungs- und Speichertechnologien, den großflächigen Ausbau dieser und den Abbau struktureller und bürokratischer Hürden. Um Erneuerbare Energien mit

Arten- und Naturschutz zu vereinen, müssen Herausforderungen deutlich adressiert und abgewogen werden, Fachpersonal befragt und regionale Lösungen umgesetzt werden.[vii] Die Einbindung der Bürger*innen vor Ort ist fundamental für die Akzeptanz der notwendigen Energiewende.
Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien muss der Ausstieg aus fossilen Energiträgern schnell eingeleitet werden. Dafür muss Deutschland bis 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen.

3. Mit dem Green Deal hat sich die Europäische Union auf den richtigen Weg gemacht. Mit ihrer langfristigen Klimastrategie legt sich die EU fest, bis 2050 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Die Erhöhung des europäischen Reduktionsziels bis 2030 auf 55 Prozent kann hier nur ein erster Schritt sein und muss zeitnah weiter auf 65 Prozent netto (d.h. ohne Anrechnung von Senken) angehoben werden, um auch international ein wichtiges Zeichen zu setzen.[viii]

4. Die Länder und Menschen des Globalen Nordens müssen sich über ihre Rolle als Hauptverursacher*innen der Klimakrise bewusst werden, dementsprechend Verantwortung übernehmen und für Schäden und Verluste aufkommen. Sie sind historisch für den größten Anteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich und profitieren wirtschaftlich am meisten.[ii] Die Folgen der Klimakrise spüren jedoch nicht alle Länder gleichermaßen. Länder und Menschen des Globalen Südens sind am stärksten von der Klimakrise betroffen. Die von Ländern des Globalen Nordens (insbesondere der EU) forcierten Freihandelsabkommen verschärfen und verfestigen diese Ungleichheiten zusätzlich, indem beispielsweise Umweltprobleme in Länder des Globalen Südens ausgelagert werden.

5. Im Zuge des Kolonialismus haben Europäer*innen andere Menschen massenweise verschleppt, versklavt und getötet. Dieses Unterdrückungssystem beruhte auf einer Rassifizierung von Menschen, das heißt auf der Erfindung von hierarchisch geordneten „Menschenrassen“. Dabei ordneten sich weiße Menschen selbst positive Eigenschaften zu, den kolonialisierten, versklavten Menschen ordneten sie hingegen gegensätzliche negative Eigenschaften zu. Neben der Einteilung in Schwarze und weiße Menschen wurde die Welt in weitere hierarchisch geordnete, binäre Gegensatzpaare geteilt, unter anderem in die Kategorien Mann und Frau, heterosexuell und homosexuell, nicht be_hindert und be_hindert usw. Durch diese koloniale Einteilung der Welt schufen sich die Europäer*innen eine Rechtfertigung, um die kolonisierten Menschen auszubeuten, zu unterdrücken und abzuwerten.[ix]
Die Bildung von Gegensatzpaaren machte auch vor der Natur keinen Halt: weiße Menschen schrieben kolonisierten Menschen zu, primitiv und naturnah zu sein. Zugleich waren sie der Ansicht, dass sie selbst durch ihr rationales Denken von der Natur entkoppelt seien. Die Natur wird in diesem Denken zu etwas Gestaltbaren und Beherrschbaren. Zugleich wird verleugnet, dass der Mensch als biologisches Wesen Teil von der Natur ist und von natürlichen Ökosystemen abhängig ist. Durch die Abwertung von Natur hat das koloniale Denken die Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen

zugunsten von Profiten ermöglicht. Die Klimakrise hat ihre Wurzeln in diesem Denken.

1. Diese Zusammenhänge von Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus müssen anerkannt und beendet werden, um Klimagerechtigkeit zu schaffen.[ix]

6. Diskriminierungen wie Rassismus, Klassismus, Sexismus, Ableismus (Diskriminierung von be_hinderten Menschen) oder Ageism (Diskriminierung aufgrund des Alters) stellen soziale Ungleichheits- und Machtverhältnisse dar und wirken intersektional.[x] Sie drängen bestimmte gesellschaftliche Gruppen an die gesellschaftlichen Ränder. Von (Mehrfach-)Diskriminierung betroffene Gruppen haben daher in der Regel weniger ökonomische Ressourcen und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten. Sie können sich selbst nicht im gleichen Maße vor Klimafolgen absichern und werden in staatlichen Maßnahmen nicht unbedingt gleichermaßen berücksichtigt. So bekommen marginalisierte Gruppen die Folgen der globalen Erwärmung am stärksten zu spüren. Sie sind von der Klimakrise besonders betroffen, obwohl sie wenig zur Erderwärmung beigetragen haben.[xi]
Gendergerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für Klimagerechtigkeit, da FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender) vor allem Personen aus dem Globalen Süden, sehr stark von der Klimakrise betroffen sind.[xii] Insbesondere in den Bereichen der Organisation der Erwerbs- und Sorgearbeit, des Zugangs zu Ressourcen, Gesundheitsvorsorge und politischer Beteiligung sind diese stark benachteiligt. Sie haben meist einen geringeren sozialen Status, sowie weniger politische und wirtschaftliche Macht als Männer. Dies geht insbesondere auf die historisch bedingte androzentrische (männerzentrierte) Sichtweise in Institutionen und Politik zurück.
Deswegen fordern wir das Aufbrechen der patriarchalen Strukturen sowie eine verstärkte Sichtbarkeit und Unterstützung von FLINTA*-Personen, (mehrfach-) diskriminierte Menschen sowie Menschen in prekären Lebenssituationen.

7. Heutzutage stehen vor allem weiße Klima- und Umweltbewegungen im öffentlichen Fokus. Bewegungen von BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) werden dabei meistens außer Acht gelassen und vernachlässigt – nur selten wird in den Medien über sie berichtet. Jedoch kämpfen BIPoC-Aktivist*innen schon seit Jahrzehnten gegen die Auswirkungen der Klimakrise sowie gegen strukturelle Unterdrückungsmuster. Die Arbeit und das Engagement von insbesondere jungen BIPoC-Aktivist*innen müssen sichtbar gemacht und anerkannt werden, da gerade sie besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. (Einige Kurzvorstellungen von BIPoC-Klimaaktivist*innen können in der kostenlosen Broschüre „Kolonialismus und Klimakrise. Über 500 Jahre Widerstand“ nachgelesen werden.[ix]) Auch Widerstandsbewegungen von BIPoC bekommen wenig Aufmerksamkeit, obwohl sie sich schon früh bildeten. Widerstandsbewegungen von BIPoC-Aktivist*innen fordern, Umweltprobleme nicht isoliert zu betrachten. Stattdessen sollten sie als soziale Probleme behandelt werden, die ihren Ursprung in gesellschaftlichen Hierarchien und Ausbeutungssystemen haben. Durch die öffentliche Vernachlässigung von BIPoC-Protesten wird das falsche Bild geschaffen, Menschen aus dem

Globalen Süden seien nicht am Umwelt- und Klimaschutz interessiert. Dies ist auf die Ideologie des weißen Naturschutzes zurückzuführen, die im Kolonialismus verwurzelt ist.[ix]

8. Deutschland als einer der größten globalen Emittenten und als Land mit starken ökonomischen und technologischen Möglichkeiten trägt eine besondere Verantwortung. Deshalb muss Deutschland auch innerhalb der EU und auf internationaler Ebene für ambitionierte Reduktionsziele und konsequente Klimaschutzmaßnahmen eintreten. Insbesondere bei der Ausgestaltung von internationalen Handelsmechanismen mit CO_2-Emissionen fordern wir die Bundesregierung auf, für eine robuste, faire und sichere Ausgestaltung einzutreten, damit es, anders als unter dem Kyoto-Protokoll, nicht zu massivem Missbrauch kommt. Dies bedeutet, dass die Anrechenbarkeit von Zertifikaten aus dem Kyoto-Mechanismus stark reglementiert und eingeschränkt werden muss. Zudem müssen Doppelzählungen und Schlupflöcher im Regelwerk ausgeschlossen werden und eine zusätzliche Reduktion der CO_2-Emissionen erwirkt werden.[xiii]

9. Länder und Menschen des Globalen Nordens profitieren von der Ressourcenausbeutung des Globalen Südens. Dies hat seinen Ursprung in der Kolonialzeit und hält bis heute an. Eine große Rolle spielt außerdem das kapitalistische System, dass insbesondere auf Profit und Gewinn aus ist. Unter anderem werden zugunsten des Globalen Nordens Rohstoffe sehr günstig importiert.[ix] So kommt es zu einer Ausbeutung von Tieren, Pflanzen, Menschen und Ökosystemen des Globalen Südens, die die Kosten unseres Lebensstils tragen.[xiv]

10. 1. Die Auswirkungen der Klimakrise sind bereits überall auf der Welt - wenn auch in ungleichem Maße - zu spüren. Szenarien zu erstellen, um diese greifbar zu machen, kann nur ein erster Schritt sein. Die aktive und zeitnahe Einrichtung beziehungsweise Anpassung von Entwässerungsanlagen oder Warnsystemen kann nicht schnell genug erfolgen. Grundsätzlich müssen Städte- und Häuserbau ebenso neu gedacht werden, wie viele andere Wirtschaftsbereiche auch.[xv] Eine besondere Bedeutung bei der Stadtentwicklung kommt dabei der Entsieglung von Flächen und dem Schaffen von Blau-Grüner-Infrastruktur insbesondere in dicht bebauten Stadtteilen zu. Gerade in sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen gibt es häufig einen hohen Anteil versiegelter Flächen, die sich im Sommer besonders stark aufheizen und so zu einem schlechteren Mikroklima führen. Aktiver Naturschutz sowie die Renaturierung und der Erhalt von Ökosystemen wie (Au-)Wäldern oder Mooren tragen aktiv zur Prävention bei. Dieser Umbau bietet durchaus Chancen: Es entstehen neue Möglichkeiten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens. Hinzu kommt: Wer jetzt proaktiv investiert und Anstrengungen unternimmt, die Klimakrise einzudämmen, zahlt heute einen geringeren finanziellen sowie gesellschaftlichen Preis, als

wenn in einigen Jahren ad-hoc Schutz- und Anpassungsmaßnahmen umgesetzt werden müssen.

11. Bereits jetzt wird deutlich, dass die größten Schäden und Verluste diejenigen Länder treffen, die einen sehr geringen Anteil zu den globalen Treibhausgasemissionen beigetragen haben und zugleich nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, sich gegen die Schäden präventiv zu schützen. Deutschland muss als reiche Industrienation seine Verantwortung anerkennen und einen relevanten Beitrag zur Klimafinanzierung leisten. Dies muss in den Bereichen Emissionsminderung, Anpassung sowie Klimawandelschäden und -verluste erfolgen. Bislang hält die Gruppe wohlhabender Länder ihr Versprechen nicht, von 2020 bis 2025 jährlich 100 Milliarden US-Dollar Klimafinanzierung für Länder des Globalen Südens bereitzustellen. Die Bundesregierung muss sich für die Erfüllung des Ziels stark machen und den eigenen Anteil von mindestens 8 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2025 absichern. Das neue Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss sich an den Bedarfen der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Länder ausrichten. Ein deutscher Anteil von 10 Prozent an der Gesamtsumme muss sichergestellt werden.[xvi] Darüber hinaus muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Staatengemeinschaft die internationalen Finanzströme im Sinne des Klima- und Artenschutzes kanalisiert und steuert.

12. Bereits heute beeinflusst die Klimakrise und die daraus resultierende Umweltzerstörung die Lebensumstände vieler Menschen so sehr, dass sie gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Sowohl nach der Genfer Flüchtlingskonvention als auch nach dem deutschen Asylrecht steht diesen Menschen bislang kein Schutz zu. Die Bundesregierung muss auf internationaler Ebene dafür eintreten, dies zu ändern und das nationale Recht anzupassen.[xvii]

13. Die Zusammenhänge zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und der Klimakrise sind eindeutig. Untrennbar und sich gegenseitig verstärkend stellen beide Entwicklungen eine Krise von existenzieller Bedrohung dar. Der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt muss künftig viel mehr Raum bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen einnehmen als bisher. Ohne konsequente Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen können die Emissionsminderungsziele nicht erreicht werden. Dies bestätigen die Berichte des Weltbiodiversitätsrat (IPBES)[xviii] und des Weltklimarats (IPCC)[xix]. Zudem sind intakte Ökosysteme notwendig, um die Resilienz gegenüber dem sich ändernden Klima zu erhöhen. Natürliche Lösungen (sogenannte NBS, Nature-based Solutions) müssen in der Debatte um Klimaschutzmaßnahmen stärker als bisher bedacht werden. Gleichzeitig müssen Klimaschutzmaßnahmen hinsichtlich ihres Einflusses auf die Biodiversität überprüft werden.

14. Laut IPCC-Sonderbericht 2019 ist die Landnutzung weltweit für 23 Prozent aller Emissionen verantwortlich.[xix] Die Landwirtschaft ist somit weltweit einer der Haupttreiber der Klimakrise und hat gleichzeitig massiv mit deren Folgen zu kämpfen. Die NAJU trägt die Forderungen der Zukunftskommission Landwirtschaft mit[xx] und setzt sich für einen Brückenschlag zwischen Naturschützer*innen und Landwirt*innen ein. Eine

klimaresiliente Landwirtschaft sorgt nicht nur für Lebensmittelsicherheit weltweit und kann so die Versorgung der Weltbevölkerung zukünftig garantieren, sondern sichert auch Arbeitsplätze. Darüber hinaus ist der Umbau zu einer resilienten, fairen und naturnahen Landwirtschaft der Schlüssel für den Erhalt der Biodiversität.[xxi]

15. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die CO_2-Emissionen in Deutschland seit 1990 nicht gesunken sind.[xxii] 2019 wurden noch mehr als ein Fünftel der Emissionen im Verkehr verursacht. Die Wende zu einer postfossilen ressourcensparenden Mobilität ist nicht nur aus Sicht des Klimaschutzes, sondern auch aus gesundheitlichen und sozialen Gründen überfällig. Der Straßenverkehr macht in Deutschland fast 95 Prozent der Emissionen in diesem Sektor aus,[iv] sodass hier der entscheidende Hebel besteht. Ab 2030 sollen keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden. Allerdings kann die Lösung nicht sein, alle Fahrzeuge durch solche mit Elektro-Antrieb zu ersetzen. Einhergehend mit einer Preisreduzierung und dem Ausbau des ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur, muss der individuelle Automobilverkehr deutlich reduziert werden. Um längere Distanzen zu überwinden, muss die Bahn in der Taktung, der Preisgestaltung sowie dem Service angepasst werden. Kurzstreckenflüge bis 1.000 Kilometer müssen zeitnah ersetzt werden. Damit auch alle Menschen den ÖPNV tatsächlich nutzen können, muss dieser mitsamt seiner Infrastruktur flächendeckend barrierefrei gestaltet werden und strukturelle Benachteiligungen wie die schlechtere Anbindung von sozioökonomisch vermeintlich schwächeren Stadtteilen und Regionen abgebaut werden. Der ÖPNV und die entsprechende Infrastruktur wie Bahnhöfe müssen auch sichere Orte insbesondere für von (Mehrfach-)Diskriminierung betroffenen Menschen werden, um eine alternative zum Motorisierten Individualverkehr zu werden. Wir verweisen auf die Positionspapiere der NAJU[xxiii] sowie des Deutschen Bundesjugendrings[xxiv] zur Mobilitätswende.

16. Um auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen, technologischen und kulturellen Umbaus angesichts der Klimakrise angemessen reagieren zu können, sind Verständnis und Handlungskompetenz in der Breite der Gesellschaft notwendig. Bildungsarbeit im formellen sowie informellen Bereich ist von größter Bedeutung bei der Gestaltung der Gesellschaft in Zeiten der Klimakrise. Die Klimakrise und ihre Auswirkungen müssen zentrale Inhalte in Bildungsplänen und Rahmenlehrplänen sein. Von besonderer Bedeutung ist dabei nicht nur der bloße Umgang mit Kennzahlen und Fakten, sondern auch ein lösungs- und handlungsorientierter Ansatz. Nur mit der Kompetenz, sich Herausforderungen zu stellen, diese zu moderieren und unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven gezielt anzugehen, kann die Gesellschaft der Klimakrise wirkungsvoll begegnen. Das Konzept einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung stellt hierfür die Grundlage dar.[xxv]

17. 1. Besonders vulnerable Gruppen müssen umfassend an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Neben anderen marginalisierten Gruppen werden die Klimafolgen insbesondere heutige junge und zukünftige Generationen treffen, die keine direkte

Verantwortung für die enormen Treibhausgasemissionen tragen. Sie werden noch viele Jahre in der Welt leben, die ihnen übergeben wird und wären bei fortschreitender Klimakrise stark in ihren Grundrechten eingeschränkt. So hat es das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil im Frühjahr 2021 festgestellt.[xxvi] Nur durch umfassende Beteiligungsmöglichkeiten können sie die Welt von morgen, in der sie leben werden, heute schon mitgestalten.[xxvii] Diese Beteiligung muss auf allen politischen Ebenen gewährleistet sein, sei es durch Abschaffung des Wahlalters[xxviii] oder durch Schaffung entsprechender Gremien und Posten.

18. 1. Unsere Ressourcen auf dem Planeten sind begrenzt, weshalb grenzenloses Wachstum eine Illusion ist. Zugleich führt das Streben nach immer größeren Profiten zu einer immer größeren Ungleichverteilung des Wohlstandes und zerstört Natur und Umwelt. Um Klimagerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu schaffen, braucht es eine umfassende gesellschaftliche Transformation.[xxix] Technische Innovationen allein können die Klimakrise nicht lösen. Umweltprobleme können nicht isoliert betrachtet werden, sondern müssen als soziale Phänomene verstanden werden. Ökologische und soziale Aspekte können sich wechselseitig verstärken – im Positiven wie im Negativen.

Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU sowie auf die Positionen des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

[i]Zum „Capitalocene":
Moore, J. W. 2016: Anthropocene or Capitalocene? Nature, history, and the crisis of capitalism. In: Moore, J. W. (ed.) 2016: Anthropocene or Capitalocene? Nature, history, and the crisis of capitalism. Oakland: PM Press, S. 1-13.
Zum „Racial Capitalocene":
Davis, J., A. A. Moulton, L. van Sant und B. Williams 2019: Anthropocene, Capitalocene, … Plantationocene?: A Manifesto for Ecological Justice in an Age of Global Crises. Geography Compass 13 (5), doi: 10.1111/gec3.12438 .
Sharpe, C. E. 2016: In the wake. On Blackness and being. Durham: Duke University Press.
Vergès, F. 2017: Racial capitalocene. In: Johnson, G. T. and A. Lubin (eds.): Futures of black radicalism. London/New York : Verso, S. 72-82

[ii] Hickel, J. 2021: The anti-colonial politics of degrowth. Political Geography 88 https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102404 . URL, aufgerufen am 05.09.2023.
Chancel, L., T. Piketty 2015: Carbon and inequality: from Kyoto to Paris. Trends in the global inequality of carbon emissions (1998-2013) & prospects for an equitable adaptation fund. Paris: Paris School of Economics. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[iii] IPCC 2023: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Core Writing Team, H. Lee and J. Romero (eds.). Genf: IPCC Sekretariat, doi: 10.59327/IPCC/AR6-9789291691647 . URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[iv] Sachverständigenrat für Umweltfragen 2020: Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Kurzfassung. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[v] Wuppertal Institut 2020: CO_2-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Bericht. Wuppertal. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[vi] Energywatchgroup 2021: Das Energiesystem der Zukunft. 100% Erneuerbare Energien für Deutschland bis 2030. Klimaschutz – Versorgungssicherheit – Wirtschaftlichkeit. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[vii] NAJU 2022: NAJU-Resolution zum Ausbau Erneuerbarer Energien. Zeit für einen Perspektivenwechsel zur Bewältigung von Klima- und Artenkrise. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[viii] Climate Action Tracker: EU. County summary. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[ix] Bechert, L., Dodo, Shayli Kartal 2021: Kolonialismus & Klimakrise. Über 500 Jahre Widerstand. Jugend im BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (ed.). URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[x] Crenshaw, K. 2016: The urgency of intersectionality. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xi] Kurwan, J. 2023: Klimagerechtigkeit. Bundeszentrale für politische Bildung (ed.). URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xii] Alber, G., D. Hummel, U. Röhr, M. Spitzner, I. Stieß 2018: Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik. In: Bundeszentrale für politische Bildung (ed.): APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xiii] NABU, NAJU 2019: Klimakonferenz: Ambitionen erhöhen, Schlupflöcher schließen. NABU/NAJU-Forderungen zur COP 25 Madrid. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xiv] Umweltbundesamt 2021: Ressourcennutzung und ihre Folgen. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xv] Umweltbundesamt 2022: Anpassung: Handlungsfeld Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xvi] NABU, NAJU 2022: Klimakonferenz: Für Natur, Klima und Menschen. Gemeinsamer Standpunkt von NAJU und NABU zur Weltklimakonferenz UNFCCC COP 27. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xvii] Schraven, B. 2019: Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration. In: Bundeszentrale für politische Bildung (ed.): Migration und Klimawandel. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xviii] IPBES 2019: Global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. E. S. Brondizio, J. Settele, S. Díaz, and H. T. Ngo (eds.). Bonn: IPBES Sekretariat, https://doi.org/10.5281/zenodo.3831673 . URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xix] IPCC 2019: Summary for Policymakers. In: Climate Change and Land: an IPCC special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems. P.R. Shukla, J. Skea, E. Calvo Buendia, V. Masson-Delmotte, H.- O. Pörtner, D. C. Roberts, P. Zhai, R. Slade, S. Connors, R. van Diemen, M. Ferrat, E. Haughey, S. Luz, S. Neogi, M. Pathak, J. Petzold, J. Portugal Pereira, P. Vyas, E. Huntley, K. Kissick, M. Belkacemi, J. Malley, (eds.). Genf: IPCC Sekretariat. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xx] Zukunftskommission Landwirtschaft 2021: Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft. BMUV (ed.). URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xxi] NAJU 2013: Position zur ökologischen Landwirtschaft. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xxii] BMUV 2021: Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent. Positiver Trend der Vorjahre setzt sich fort / 40,8 Prozent Rückgang seit 1990. URL, aufgerufen am 05.09.2023

[xxiii] NAJU 2017: Position zur Verkehrspolitik. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xxiv] Deutscher Bundesjugendring 2020: Junge Menschen bewegen – Eine nachhaltige Mobilitätswende für alle! URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xxv] NAJU: Bildung für nachhaltige Entwicklung. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xxvi] Bundesverfassungsgericht 2021: Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29. April 2021. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xxvii] NAJU 2020: Position zur Jugendbeteiligung. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xxviii] NAJU 2021: Position zur Abschaffung des Wahlalters. URL, aufgerufen am 05.09.2023.

[xxix] NAJU 2021: Position zur Sozial-Ökologischen Transformation. URL, aufgerufen am 05.09.2023.